

Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Einschreiben (R)

Schweizerische Bundeskanzlei
Bundeshaus West
3003 Bern

Zug, 1. September 2015 ek

Ergreifung des Kantonsreferendums gemäss Art. 141 der Bundesverfassung gegen den Bundesbeschluss über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcenausgleichs für die Beitragsperiode 2016–2019 vom 19. Juni 2015

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin
Sehr geehrte Damen und Herren

Gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV; SR 101) und Art. 67 sowie Art. 67a des Bundesgesetzes über die politischen Rechte vom 17. Dezember 1976 (SR 161.1) reichen wir Ihnen das **Kantonsreferendum** gegen den Bundesbeschluss über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcenausgleichs für die Beitragsperiode 2016–2019 vom 19. Juni 2015 ein (Beilage 1).

Gestützt auf § 41 Abs. 1 Bst. r der Verfassung des Kantons Zug vom 31. Januar 1894 (BGS 111.1) kommt dem **Kantonsrat** die Obliegenheit zu, die den Kantonen in der Bundesverfassung eingeräumten bundesstaatlichen Mitwirkungsrechte auszuüben (Einberufung der Bundesversammlung, Referendum, Standesinitiative). Im Kanton Zug ist somit der Kantonsrat zur Ergreifung des Kantonsreferendums zuständig.


Der Kantonsrat hat die Ergreifung des Kantonsreferendums an seiner **Sitzung vom 27. August 2015 mit 54 zu 14 Stimmen** beschlossen und den Regierungsrat damit beauftragt, das Kantonsreferendum zu ergreifen und der Bundeskanzlei einzureichen. Die Beschlusserfassung erfolgte im Rahmen der sofortigen Behandlung und Erheblicherklärung der Motion der SVP-Fraktion betreffend Kantonsreferendum gegen den Bundesbeschluss über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcenausgleichs für die Beitragsperiode 2016-2019; dringliche Motion (Vorlage 2532 - 14980; Beilage 2). Sie erhalten als Information das vom Landschreiber gemäss § 11 Abs. 1 Ziff. 3 des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) vom 28. August 2014 (BGS 141.1) verfasste **Kurzprotokoll** der Kantonsratssitzung vom 27. August 2015 (siehe Ziffer 5.2; Beilage 3).

Die Begründung für das Ergreifen des Kantonsreferendums entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 7. Juli 2015 (Vorlage Nr. 2531.1 - 14978, Beilage 4). Ausserdem wird das Protokoll der Kantonsratssitzung vom 27. August 2015 weitere Einzelheiten enthalten.

Wir ersuchen Sie höflich, bei Zustandekommen des Referendums die erforderlichen Schritte für die Volksabstimmung in die Wege zu leiten.

Besten Dank für Ihre geschätzten Bemühungen.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug


Heinz Tännler
Landammann


Tobias Moser
Landschreiber

Beilagen:

- Beilage 1: Bundesbeschluss über die Festlegung des Ressourcenausgleichs für die Beitragsperiode 2016–2019 vom 19. Juni 2015
- Beilage 2: Motion der SVP-Fraktion betreffend Kantonsreferendum gegen den Bundesbeschluss über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcenausgleichs für die Beitragsperiode 2016-2019; dringliche Motion (Vorlage 2532 - 14980)
- Beilage 3: Kurzprotokoll der Kantonsratssitzung vom 27. August 2015
- Beilage 4: Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 7. Juli 2015 (Vorlage Nr. 2531.1 - 14978)

Kopie an:

- Eidgenössische Parlamentarier des Standes Zug
- Staatskanzlei (Parlamentdienst für Ablage in Dossier)
- Finanzdirektion
- Kantonsratsmitglieder (per E-Mail, ohne Beilagen, Vollzug durch Staatskanzlei)